

«Unproduktives Hickhack muss aufhören»

Diskussion Zu einem Neubau eines eigenen Landesspitals hat die Bevölkerung im Jahr 2011 zwar Nein gesagt – doch ein eigenes Spital möchte sie trotzdem. Bis dahin scheint es noch ein weiter Weg zu sein, müssen doch nicht nur bauliche Hürden überwunden werden.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Irgendwie erinnert die Diskussion um das Landesspital an die Trennung von Kirche und Staat: Man will ja, aber trotzdem funktioniert es nicht. Gesetzliche Hürden, finanzielle Interessen und nicht zuletzt auch noch verletzte Eitelkeiten und persönliche Unstimmigkeiten erschweren den Lösungsweg. Während Kirche und Staat ihre Wege hingegen auch ohne Lösung des Problems wie bisher weitergehen können, drängt in der Frage der Gesundheitsversorgung des Landes die Zeit. Deshalb hat die Regierung eine Vorlage zu einem geplanten Spitalneubau vorgelegt. Über die der Landtag im März zu befinden und am Ende wohl die Bevölkerung abzustimmen hat.

Damit es nicht zu einem ähnlichen Debakel wie im Jahr 2011 kommt – die Bevölkerung sagte mit 58,1 Prozent der Stimmen Nein zu einem Neubau – wollten die Demokraten pro Liechtenstein gestern zumindest ein Stimmungsbild abholen und haben ein öffentliches Bürgerforum durchgeführt. Die rege Besucherschar zeigte, wie gross das Interesse an diesem Thema ist und wie sehr es nach wie vor die Gemüter bewegt.

«Altlasten endlich sanieren»

Als Experten wurden die Landesspital-Direktorin Sandra Copeland, Hausarzt Marco Ospelt, LKV-Geschäftsführer Thomas Hasler sowie Hansjörg Marxer – ehemaliger VR-Präsident der Me-



Grosses Interesse am Dpl-Bürgerforum in der Musikschule Triesen zum Thema Landesspital.

Bild: Daniel Schwendener

dicnova- und Vertreter für die Belegsärzte eingeladen. Und es zeigte sich einmal mehr eindrücklich, dass zwar jeder eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung will, doch über den Weg dahin alles andere als Einigkeit besteht. Seitenhiebe gegen die Politik und den LLS-Stiftungsrat blieben nicht aus, Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini und Michael Ritter konnten aber aufgrund anderer Verpflichtungen nicht am Anlass dabei sein und sich dazu äussern. Dafür zeigte sich Landesspital-Direktorin Sandra Copeland umso engagierter und rührte durchaus die Werbe-

trommel – auch wenn sie bzw. das Landesspital zwischen den Stühlen stehen und allzu oft als Spielball zwischen Politik und Ärzten erhalten muss.

Hansjörg Marxer, der im Jahr 2011 übrigens als Präsident der Bürgerinitiative «Pro Landesspital» fungierte, verglich gestern die damalige und die heutige Ausgangslage. Nicht geändert habe sich auf jeden Fall der Umstand, dass eine zeitgemässe medizinische Versorgung einen Spitalneubau erfordere. Damit die neue Vorlage aber wirklich mehrheitsfähig sei, seien noch einige Hausaufgaben zu erledigen, weshalb

ein «Schnellschuss» fehl am Platz sei. Vor allem müssten die Altlasten im Umgang mit den Ärzten saniert werden – eine personelle Änderung in der strategischen Führung des Landesspitals sei nötig. Ausserdem müssten endlich glaubwürdige Entscheidungsgrundlagen vorgelegt werden, die stabile Daten und nachvollziehbare Prognosen enthalten würden. Und: «Das Spital Grabs ist einzubeziehen.» Dass mit diesem auf Konfrontationskurs gegangen werde, sei für ihn unverständlich, die Freundschaft zum Nachbar werde damit doch arg strapaziert. Zudem habe sich bereits

bei der Abstimmung im Jahr 2011 gezeigt: Die Liechtensteiner wollen diesen Einbezug. Marxers Haltung ist also klar: Für ihn müssen zuerst zahlreiche Grundsatzfragen geklärt werden, bevor überhaupt ein Neubau eines Landesspitals erfolgen sollte.

Wunsch nach Frieden ist auf allen Seiten da

Auch Hausarzt Marco Ospelt sprach klare Worte. «Damit ein eigenes Landesspital funktionieren kann, muss das Ärzte-Bashing aufhören, sonst sehe ich schwarz!» Sollte es nicht gelingen, die einst verärgerten Belegärzte wieder für

sich zu gewinnen, werde es auch enorm schwierig werden. Er ärgert sich darüber, dass die Regierung das Landesspital als «Dreh-scheibe in der Grundversorgung» bezeichne. «Das ist falsch. Dreh-scheibe sind die Grundversorger», stellte er klar. Deshalb sei es auch völlig verfehlt, Qualitätsmessungen nur am Spital vorzunehmen. «Bevor wir uns an diesen Neubau machen, muss das unproduktive Hickhack aufhören. Ebenso die gegenseitigen Schuldzuweisungen. Der Beitrag eines jeden sollte gewürdigt, einander zugehört und aufeinander zugegangen werden.»

Tatsächlich hat auch Sandra Copeland eine persönliche Wunschliste, nachdem in den vergangenen Jahren Geschirr zer-schlagen wurde. «Gestalten wir die Zukunft – gemeinsam. Bauen wir Brücken zueinander. Und entwickeln wir mehr Selbstvertrauen in die eigenen Stärken und Fähigkeiten.» Die in der Tat bestehenden Mauern könnten nicht von heute auf morgen eingerissen werden, nun sei es wichtig, gegenseitig wieder Vertrauen aufzubauen.

Auch wenn sie auf die Ärzte zugehen und «Klinken putzen» will, um das Vertrauen zurückzugewinnen, so wird es laut Hansjörg Marxer trotzdem nicht einfach werden. Und das hat nichts mit Nicht-Wollen zu tun. Doch während bereits praktizierende Ärzte bewährte Kooperationen wohl kaum aufgeben würden, lasse das bestehende Gesundheitssystem auch nur schwer neue Ärzte im Land zu.

Intensive Diskussion eröffnet

Wichtige Themen Die Spitalvarianten und Rechenspiele zur Motion der Freien Liste zur Abschaffung des Grundmandats beschäftigten den Parteivorstand der Vaterländischen Union gestern in der «Weinstube» in Nendeln. Intensive Diskussionen waren vorprogrammiert.

Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini wurde zu den Spitalvarianten von der Vaterländischen Union zum Parteivorstand eingeladen, obwohl die VU-Regierungsräte beim Thema Schulbautenstrategie bei der FBP nicht eingeladen wurden. Deshalb freute sich der FBP-Minister umso mehr, dass er beim Koalitionspartner die Überlegungen seines Ministeriums präsentieren durfte.

Nutzwertanalyse spricht für die «grüne Wiese»

Er legte deutlich und verständlich dar, warum für ihn die Varianten «kein Landesspital» und «Pflegespital», welche DU und Freie Liste immer wieder ins Feld führen, nicht praktikabel sind. Auf längere Sicht würde das für die Liechtensteiner teuer werden als ein Spitalneubau oder ein Um- und Anbau beim Medicinova-Gebäude in Bendern. Letzteres sei teurer und ist auch umstritten, weil es keine staatliche Aufgabe sein kann, das Risiko von privaten Investoren zu übernehmen. «Die Regierung wird auch nicht Arbeitsaufträge über 22 Mio. Franken ohne Ausschreibung vergeben», meinte er zum Angebot der Selemad Immobilien AG, das Gebäude schlüsselfertig zu übergeben. Für einen Neubau «auf grüner Wiese» spricht für den Ge-

sundheitsminister die Nutzwertanalyse und die optimale Planbarkeit.

Wiederherstellung der Reputation

Nun liegt der Ball in dieser Frage beim Landtag, welcher der Regierung einen Auftrag zum Finanzbeschluss unterbreiten muss. In einer intensiven Diskussion beschäftigte man sich mit dem Sinn und Unsinn einer Geburtenabteilung, den verschiedenen Varianten – gerade das «Wille-Areal» scheint bei manchen noch nicht vom Tisch zu sein – und die Attraktionsfaktoren eines neuen Spitals für gute Ärzte. Für den Landeswerkhof eine neue «Heimat» zu finden, sei nicht ganz einfach, weil niemand da angrenzen wolle. Das Ganze sei auch zeitkritisch. Da könne man nicht jahrelang warten. Der Landtag könne aber entscheiden, welche Variante er abgeklärt haben wolle.

Mit einer Volksabstimmung ist zu rechnen. Daher tauchte auch die Frage auf, ob bei einem Nein eine Schliessung zur Diskussion stehe. «Wir werden nicht mit einer Erpressung vors Volk gehen», antwortete Mauro Pedrazzini. Er gehe davon aus, dass eine Mehrheit ein eigenes Spital wolle. Ein Nein wäre ein Nein zu einer Variante. «Vor gut zehn Jahren ha-



Von links: Michael Ritter (Stiftungsratspräsident Landesspital), Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini, Innenministerin Dominique Hasler und VU-Präsident Günther Fritz.

Bild: Tatjana Schnalzer

ben sich bei der LAK noch Köche gegenseitig Ohrfeigen gegeben», erinnerte Pedrazzini an eine ähnliche Krisendiskussion. «Heute

geniesst die LAK einen guten Ruf und Millionenkredite werden mit 25 Stimmen durch den Landtag gebracht. Sowas wünsche ich mir

auch für das Landesspital.» Die Situation sei gegenüber 2011 eine vollkommen andere. Viele Punkte, die damals zu einer Ablehnung

führten, seien ausgeräumt. Nicht zuletzt habe sich die Qualität seither verbessert.

Stabilität und Zersplitterung?

Nach zweistündiger Diskussion schritt Dominique Hasler zur Tat: Sie präsentierte, was passiert, wenn die Motion der Freien Liste zur Abschaffung des Grundmandats auf Gemeindeebene angenommen wird. So würden jene Parteien, die das Grundmandat nicht erreichen, dennoch an der Restmandatsverteilung teilnehmen.

Die Motion sei offen formuliert. Die Abschaffung des Grundmandats erfordernisse könnte durch eine Streichung des Art. 78 Absatz 4 des Gemeindegesetzes erfolgen, allerdings auch durch eine Änderung des Wahlsystems herbeigeführt werden. In einer breiten und kontroversen Diskussion wurden das Festhalten am alten System und eine Aufweichung des Wahlsystems besprochen. Während ersteres davon ausgeht, dass man – gerade in Zeiten von Instabilitäten und Zersplitterungen – stabilisierende Prozesse begünstigt. Eine Annahme würde hingegen dazu führen, dass die Hürde für den Einzug in die Gemeinderäte tiefer gelegt wird. (mv)